

SEIT 100 JAHREN ...

... werden Ausländer*innen inhaftiert – nicht wegen einer Straftat sondern nur, um den Behörden ihre Abschiebung zu erleichtern.

SEIT 25 JAHREN ...

... ist in Büren der größte Abschiebeknast Deutschlands, in dem außerdem über die Hälfte der Gefangenen unrechtmäßig inhaftiert ist.

VOR 20 JAHREN ...

... starb Rashid Sbaai unter nicht endgültig geklärten aber in jedem Fall skandalösen Umständen in Büren!

DAS IST UNRECHT – DAS IST RASSISMUS!

Diese Menschenverachtung darf nicht länger fortbestehen!

ABSCHIEBEHAFT ABSCHAFFEN!

100 JAHRE ABSCHIEBE HAFT

100 JAHRE ABSCHIEBEHAFT

»100 Jahre Abschiebehaft« richtet sich an alle, die sich für Abschiebehaftgefangene einsetzen (wollen) und von einer Gesellschaft ohne Abschiebehaft träumen. 100 Jahre lang blieb dieser Traum verwehrt. Es wird also höchste Zeit, gemeinsam aktiv zu werden! Um diesen Traum zu realisieren, braucht es eure Unterstützung! Organisiert Aktionen, Demos, Ausstellungen, Vorträge, Gottesdienste – was euch gefällt.

Bei all euren Ideen unterstützen wir euch gerne mit Materialien und Referent*innen. Wir stehen euch gerne als Ansprechpartner*innen zur Verfügung.

KONTAKT

www.100-jahre-abschiebehaft.de/buerendemo

kontakt@100-jahre-abschiebehaft.de

facebook.com/100JahreAbschiebehaft

twitter.com/100JahreAHaft (@100JahreAHaft)

100 JAHRE ABSCHIEBE HAFT

GROSSDEMO

31.08.2019

11:00 Uhr

Abschiebeknast, Stöckerbusch 1, Büren

15:00 Uhr

Paderborn Hbf

SHUTTLEBUSSE
AB PADERBORN HBF
shuttle@100-jahre-abschiebehaft.de

100 JAHRE ABSCHIEBEHAFT FÜR IMMER BEENDEN!

100-jahre-abschiebehaft.de/buerendemo

VON DER WEIMARER REPUBLIK BIS IN DIE GEGENWART

Die zermürbende Praxis der Abschiebehafte stellt eine grausame Tradition in Deutschland dar: Bereits vor 100 Jahren wurden v.a. Jüd*innen, die hier vor Pogromen in Osteuropa Schutz suchten, willkürlich eingesperrt – mit dem Ziel, sie aus dem Land zu vertreiben.

Mit der von Heinrich Himmler verfassten Ausländerpolizeiverordnung wurde die Abschiebehafte 1938 massiv ausgeweitet.

Dieses Nazi-Gesetz wurde 1951 von der BRD wörtlich übernommen und erst 1965 überarbeitet. Die Gesetzgebung wurde als Reaktion auf die rassistischen Pogrome Anfang der 1990er Jahre weiter verschärft und erneut massiv zur Anwendung gebracht. Gemeinsam mit der Aushebelung des Grundrechts auf Asyl durch den „Asylkompromiss“ wurde 1993 die Einrichtung der Abschiebehafte in Büren beschlossen.

DIE GRUNDRECHTSVERLETZENDE PRAXIS HEUTE

Allein der Verdacht, sich möglicherweise einer Abschiebung zu entziehen, reicht aus, um einen Menschen für bis zu 1½ Jahre einzusperren. Haft – der massivste Eingriff in die Freiheit des Einzelnen – wird damit von einer Maßnahme gegen verurteilte Straftäter*innen zu einem simplen Verwaltungsakt gegen Unschuldige. Folglich ist Abschiebehafte heute ein gängiges Instrument der Ausländerbehörden

und wird routinemäßig angewandt, um den Behörden eine gemütliche Abschiebung zu ermöglichen. Das ungeheure Elend der Betroffenen wird dabei mitleidlos in Kauf genommen.

Anwält*innen, die sich regelmäßig mit Abschiebehafte beschäftigen, stellten fest, dass über die Hälfte der Menschen in Abschiebehafte unrechtmäßig inhaftiert waren.

Betroffenen wird häufig der Zugang zu einem Rechtsbeistand erschwert oder gar verwehrt. Unabhängige Beschwerdestellen oder übergeordnete Kontrollinstanzen existieren nicht. Auch die medizinische Versorgung und psychologische Betreuung wird auf das Nötigste beschränkt. Isolierhaft und Fesselungen sind an der Tagesordnung.

In Büren führte diese Praxis unlängst im Sommer 2018 erneut zum Suizid eines Gefangenen

KEIN ENDE IN SICHT

Statt sich von einer Praxis mit so einer Geschichte zu verabschieden, soll sie sogar noch ausgeweitet werden:

25 Jahre nach Eröffnung der Haftanstalt in Büren möchte NRW die Haftbedingungen weiter verschärfen. Bereits jetzt werden die Aufschluszeiten massiv eingeschränkt und Hilfsorganisationen der Zugang zu den Gefangenen erschwert. Es gibt Kollektivstrafen und Zwangsmaßnahmen, um den Sicherheitskräften ihre Arbeit auf Kosten der Menschenrechte zu erleichtern.

Auch andere Bundesländer planen Verschärfungen der Haftbedingungen.

Deutschlandweit werden neue Abschiebehafteanlagen geplant. Allein in Passau soll ein neues „Super“-Gefängnis mit über 200 Haftplätzen entstehen.

DIE PRAKTISCHEN KONSEQUENZEN DER ABSCHIEBEHAFT

Rechtswidrige Inhaftierungen, Menschenrechtsverletzungen ohne Aufarbeitung, Brüche von gesetzlich festgelegten Regelungen, Repressionsmaßnahmen ohne Kontrollinstanzen, Isolierhaft und Fesselungen, Trennung von Familien und Zerstörung von Existenzen.

Es wird daher höchste Zeit, sich von dieser tief ins Dritte Reich verankerten Gesetzgebung und rassistischen Praxis endgültig zu verabschieden.

Daher verlangen wir:

KEINE SONDERGESETZE, KEINE UNKONTROLLIERTE BEHÖRDLICHE PRAXIS MEHR!

ABSCHAFFUNG DER ABSCHIEBEHAFT!

SOFORTIGE SCHLISSUNG ALLER ABSCHIEBEKNÄSTE!

Haftplätze ü